

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie als Vertreterinnen und Vertreter der Einrichtungen und Träger der Jugendhilfe hier und heute in Köln – viele von Ihnen sind weit gereist - im Namen des LVR-Landesjugendhilfeausschuss Rheinland begrüßen zu dürfen. Ihr zahlreiches Erscheinen freut mich außerordentlich.

Mein besonderer Gruß gilt den Referentinnen und Referenten der heutigen Veranstaltung, Ihnen Frau Loheide aus Münster, Ihnen Herr Schäfer aus Düsseldorf – dabei sind Sie Kölner -, vor allem aber aus Stuttgart Frau Horstmann und Frau Urban-Stahl und Herr Wiesner aus Berlin. Sie im Herzen des Rheinlandes zu begrüßen, ist mir eine große Freude.

Ferner begrüße ich Herrn Hilgers in seiner Funktion als Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes – Sie sind häufiger und gern gesehener Gast bei uns im LVR-Landesjugendhilfeausschuss. Außerdem Frau Beer, die den Petitionsausschuss des Landtages mit seinen weitreichenden und für unsere Zwecke nutzbringenden Erfahrungen vertritt, und Herrn Koch für die IGFH, die ich bisher nur aus ihren Schriften kennen gelernt habe. Last – not least grüße ich quasi als Hausherren den zuständigen Landesrat, Herrn Mertens.

Mein Dank, Herr Mertens, den ich vorweg ausdrücklich formulieren möchte, gilt den Organisatoren dieser Veranstaltung, nämlich der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in NRW und dem Landesjugendamt Rheinland beim Landschaftsverband (Herr Nortershäuser, Herr Hemker, Frau Schweinsberg, Herr Bernhäuser, ... (?)). Ich glaube, dass sie in Kooperation zu einem wichtigen Thema ein Programm auf die Beine gestellt haben, das als fachpolitischer und allgemeinpoltischer Aufschlag im Rheinland geeignet ist, einen Impuls für die Rechte junger Menschen in Einrichtungen der Jugendhilfe zu geben.

Ich verbinde den Dank aber mit meinem tiefen Bedauern, dass die ursprüngliche Unterstützung der Kommunalen Spitzenverbände von diesen im Laufe der Vorbereitung zurück gezogen wurde. Ich erlaube mir hier an dieser Stelle den Hinweis, dass ich deren Fernbleiben für nicht sachgemäß und zielführend halte.

Die Jugendhilfe und hier speziell die Jugendämter sind gerade in jüngster Zeit immer wieder heftigen Vorwürfen und Kritiken ausgesetzt gewesen. Aus den Schilderungen betroffener Kinder und Eltern wird immer wieder deutlich, dass sich diese oftmals hilf- und schutzlos den Entscheidungen der Jugendämter ausgesetzt fühlen – ob begründet oder unbegründet sei an dieser Stelle dahin gestellt sein.

Es muss also die Frage gestattet sein, dürfen Kinder, Jugendliche und ihre Eltern die Entscheidungen von Jugendämtern und anderen Stellen anzweifeln und Klärung einfordern – zumal wenn es sich um einklagbare Sozialleistungen der Jugendhilfe handelt? Man muss sich, die

Jugendämter müssen sich dieser Debatte ebenso stellen, wie die Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe, wie das Landesjugendamt und die Politik.

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ist es ja gerade das Jugendamt, das bei seiner auf Prävention angelegten Leistungspalette die Funktion des staatlichen Wächteramtes auch gegen den erklärten Willen der Eltern durchsetzen kann und muss.

So beschrieb etwa die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 21. September 2008 das Wirken der lokalen Jugendämter als – und ich zitiere wörtlich - „Amtlichen Größenwahn“. Den Jugendämtern wirft man vor, dass sie immer häufiger Schicksal spielen, Kinder gegen den Willen der Eltern aus ihren Familien herausholen und sich dafür noch nicht einmal rechtfertigen müssen. Als skandalös wurde in dem Artikel die Tatsache benannt, „dass es eine Kontrollinstanz nicht gibt“.

Die heutige Veranstaltung rückt vor dem Hintergrund dieser Diskussion die Frage nach der Notwendigkeit von Ombudstellen in den Fokus.

Dabei geht es aber nicht nur um Elternrechte, sondern eben auch und gerade um Kinderrechte. Kinderrechte haben in der Jugendhilfe Leitbildcharakter. Sie zielt darauf ab, das Wohl junger Menschen zu gewährleisten. Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe können Kinderrechte ihren Nutzen allerdings erst dann entfalten, wenn ihre Achtung und Einhaltung in den Organisationen der freien und öffentlichen Jugendhilfe zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Hierzu gehört z. B. das Recht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Hilfeplanung im Rahmen der Hilfen zur Erziehung, die Offenheit und Stringenz im Umgang mit Rechten und Pflichten von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendhilfe usw.

Einzelne Verbände der freien Wohlfahrtspflege haben in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren zum Beispiel unter Rückgriff auf Standards anderer europäischer Länder vorgearbeitet und der Landschaftsverband

Rheinland wird in den eigenen Einrichtungen in den kommenden Jahren intensiv nacharbeiten.

Uns interessiert aber auch am Rande dieser Veranstaltung das Thema der ehemaligen Heimkinder – der Skandal der autoritären und zum Teil menschenverachtenden Heimerziehung der 50er und 60er Jahre. Diese öffentliche Erziehung wäre wohl unmöglich gewesen, wenn es damals Ombudstellen gegeben hätte.

Deshalb möchte ich nebenbei erwähnen, dass das LVR – Landesjugendamt sich dieser Verantwortung am 30.04.2009 im Rahmen der Veranstaltung „Heimkinder im Rheinland – vom Kriegsende bis in die 70er Jahre“ stellen wird. Der LVR hat ein unabhängiges Wissenschaftlerteam genau an diese Frage gesetzt und wird die ersten Zwischenergebnisse der Studie öffentlich vorstellen.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen:

Mit der heutigen Veranstaltung soll die Diskussion eröffnet werden zwischen den freien und öffentlichen Trägern

der Jugendhilfe über die Frage, ob Ombudstellen die Rechte von Kindern und Eltern gegenüber dem Jugendamt stärken können. Keineswegs soll damit die fachliche Arbeit der Jugendämter mit generellem Misstrauen begegnet werden, vielmehr könnten solche Ombudstellen die Reputation des Jugendamtes erhöhen. So können Ombudstellen helfen, Rechte von Kindern und Eltern zu sichern, wenn sie institutionell unabhängig beraten, fachlich wie rechtlich qualifiziert und für Kinder und Eltern erreichbar sind.

Ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf, spannende Diskussionen und neue Erkenntnisse.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit